



Erklärung des Bundesbasisgruppenseminars vom 8.-10. <sup>Februar</sup> Januar 1980  
in Tübingen

Basisgruppenfraktion in den Vereinigten Deutschen Studentenschaften macht Weiterarbeit in den Organen der vds von einer Grundsatzerklärung der 5. o.MV gegen die etablierten Parteien im Wahljahr 1980 abhängig. - Auszug der BG-Fraktion und Oppositionsrolle gegen einen staatsloyalen Richtungsverband angedroht.

1.) Zur Rolle der BG-Fraktion in den vds

Die Basisgruppen als heterogener Zusammenschluß undogmatischer linker Studentengruppierungen an den westdeutschen und westberliner Hochschulen stellen den Großteil des aktiven Protestpotentials gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Hochschulreform, die umfassenden sozialen Verschlechterungen und die zunehmende politische Unterdrückung in der BRD. Das Wählerpotential der Basisgruppen ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen, die Staatsverdrossenheit in der jungen Generation, insbesondere unter den Studenten, hat sich angesichts der politischen und ökonomischen Verhältnisse und der zunehmenden gesamtgesellschaftlichen Bedrohung durch die Atomstaatspolitik aller etablierten Parteien weitgehend verschärft. Ausdruck dieser Entwicklung waren die spontanen Massenaktionen an den bundesdeutschen und westberliner Hochschulen der Jahre 1976-77, die massive Breite der Antikernkraftbewegung, der Kampf für demokratische Rechte in einem zunehmend repressiver werdenden System und die alternative grün-bunte Wahlbewegung zu den etablierten Parteien: Insbesondere im Deutschen Herbst 1977, in der Durchsetzung des Hochschulrahmengesetzes auf der Ebene von Landeshochschulgesetzen und in der Kriminalisierung des aktiven Protestpotentials in allen gesellschaftlichen Bereichen hat sich für breite Teile der jüngeren Generation die Notwendigkeit alternativer Perspektiven zum vorherrschenden gesellschaftlichen System verdichtet.

Die BG-Fraktion, die zeitweise mehr als 40 demokratisch gewählte Studentenvertretungen in der BRD und Westberlin stellt und an den meisten Hochschulen ein wesentlicher politischer Faktor in der Studentenbewegung ist, hat in der Konsequenz der Hochschul- und AKW-Auseinandersetzung des Jahres 1976 die als "Aktionseinheit" deklarierte Zusammenarbeit mit den anderen im vds vertretenen Studentenorganisationen, JUSO-Hochschulgruppen, Liberaler Hochschulverband,

Wahlaufruf f. die  
Grünen.

Sozialistischer Hochschulbund und Marxistischer Studentenbund Spartakus, zugunsten einer linken Oppositionsrolle in den vds aufgekündigt und den anderen Fraktionen punktuelle Zusammenarbeit angeboten. In den vergangenen Jahren hat sich mehr und mehr verdeutlicht, daß die vds-Mehrheit nicht bereit war, diese punktuelle Zusammenarbeit offensiv auf das Verhältnis zum Staat und den etablierten Parteien auszudehnen, die Auseinandersetzungen nach dem bundesweiten Streik Ende 1977 anlässlich des Brandt-Gesprächs haben klar gemacht, daß insbesondere Jungsozialisten und Liberaler Hochschulverband mit Unterstützung der "gewerkschaftlich orientierten Kräfte" MSB und SHB die Vereinigten Deutschen Studentenschaften ins Fahrwasser einer Mitwirkung an der Umsetzungspolitik der kapitalistischen Hochschulreform gegen die umfassenden politischen Interessen der Studentenbewegung manövrieren. Beredtes Beispiel war die Nichtanerkennung der Vertretung der Tübinger Studentenschaft nach der Zwangsauflösung der Verfaßten Studentenschaft auf der 4. o. vds-MV von 1979, die zum Auszug der BG-Fraktion führte. Die kommissarische Weiterarbeit des BG-Vertreters im vds-Vorstand während der vergangenen Legislaturperiode war an die massive materielle und politische Unterstützung für die unabhängigen Studentenschaften in Bayern und Baden-Württemberg, die aktive Arbeit im Ökologie- und Antirepressionsbereich geknüpft. Die Viererkoalition aus MSB, SHB, JUSO-Hochschulgruppen und LHV, die sich auf der 4. o. vds-MV gebildet hatte, machte sich während der vergangenen Legislaturperiode hauptsächlich daran, Auftragsarbeit für die sozialliberale Koalition im studentischen Sozialbereich und der Durchsetzung kapitalistischer Studienreformpläne zu betreiben. Ein Bezug zu realen politischen Bewegungen, wie etwa der Rock-gegen-Rechts-Bewegung in Frankfurt, der alternativen Wahlbewegung und einer Antirepressionspolitik gegen die massive Kriminalisierung studentischer Aktivisten aus den vergangenen Jahren war ebensowenig zu beobachten wie die Solidarität mit demokratischen und sozialistischen Kräften in den Staaten des real existierenden Sozialismus.

3  
Statt dessen wurde unter dem Deckmantel einer Anti-Strauß-Orientierung die indirekte Unterstützung der sozialliberalen Koalition für das Wahljahr 1980 in die Wege geleitet und die Orientierung studentischer Politik auf die Zusammenarbeit mit sozialliberalen Basisorganisationen weiter vorangetrieben. Die radikalen Forderungen der Studentenbewegung, die umfassenden politischen Interessen der Studentenschaften gegen die Durchsetzung der kapitalistischen Hochschulreform und ihrer repressiven politischen und sozialen Begleiterscheinungen standen demgegenüber hinten an. Die derzeitige vorherrschende Politik in den vds

wurde zum staatsloyalen Hebel studentischer Entpolitisierung und Spaltung der fortschrittlichen Kräfte.

Durch die kommissarische Weiterarbeit der BG-Fraktion in den vds entstand der Schein einer Duldung dieser Orientierung und eines Mittragens der indirekten Wahlunterstützung für die etablierten Parteien im Wahljahr 1980.

Die BG-Fraktion, die in der Tradition der antiautoritären und sozialistischen Studentenbewegung steht hat ihre Mitarbeit in den vds stets davon abhängig gemacht, daß die vds als fortschrittlicher Studentenverband die politische Interessenvertretung der Studenten gegen den Staat und das dahinter stehende Kapitalverhältnis und damit gegen die etablierten Parteien auszurichten habe. Diese Grundmaxime der fortschrittlichen Studentenbewegung scheint in der gegenwärtigen Situation für die vds-Mehrheit keine Gültigkeit mehr zu besitzen.

Die Anbindung von Jusos und LHV an eine demagogische Reformpolitik der Sozialliberalen für die achtziger Jahre samt ihrer zusätzlichen Finanzierung mit Geldern aus dem Verfassungsschutzetat und die taktische Bündnisorientierung der gewerkschaftlich orientierten Kräfte auf diese Politik haben die vds zu einem staatsloyalen Interessensverband verkommen lassen, der die umfassenden politischen Interessen der Studenten zur Mitwirkung an den Maßnahmen der kapitalistischen Hochschulreform hinorientiert. Oberstes Ziel für diese Orientierung ist die politische Machterhaltung der sozialliberalen Koalition im Wahljahr 1980 unter Einbeziehung studentischen Wählerpotentials.

Die BG-Fraktion hat neben verschiedenen tagespolitischen Kämpfen im vergangenen Jahr wesentlich an der Orientierung auf Protestwahlverhalten unter den Studenten und an der Mitarbeit in alternativen grünen und bunten Wahlbewegungen festgehalten. Ihr Bezug auf eine Alternative zu den etablierten Parteien durch Basisbewegungen ist Prinzip der Politik der Studentenschaften in den vergangenen zehn Jahren.

## 2.) Forderungen der BG-Fraktion an die vds-MV

Die BG-Fraktion macht eine weitere Mitarbeit in den Organen der vds von einer Grundsatzerklärung der 5. o.vds-MV gegen alle etablierten Parteien abhängig. Sie fordert die vds insgesamt auf, die Studenten zum Protestwahlverhalten gegen die Verursacher der kapitalistischen Hochschulreform und des insgesamt politischen Klimas in der BRD aufzurufen, Diskussionen und Veranstaltungen an den Hochschulen zu organisieren, die im Wahljahr 1980 verdeutlichen, daß die Studenten-

schaften in ihrer Orientierung auf die Durchsetzung ihrer politischen Interessen einen eigenständigen Weg gegen die etablierten Parteien zu gehen haben. Die vds als Dachverband der westdeutschen und westberliner Studentenschaften werden von den Basisgruppen von ihrer Struktur nicht infrage gestellt, die vorherrschende Politik der vds-Mehrheit aber umso offensiver einer Kritik unterzogen. Sollte eine von der BG-Fraktion auf die 5. o.MV eingebrachte Grundsatzklärung gegen die etablierten Parteien im Wahljahr 1980 von der vds-Mehrheit nicht akzeptiert werden, wird die BG-Fraktion ~~...~~ sich für keinerlei weitere Mitarbeit in den Organen der vds zur Verfügung halten und die MV verlassen. Die BG-Fraktion arbeitet an Projekten innerhalb der vds, die für die politischen Ziele einer radikalen Alternative von Interesse sind, weiterhin mit, die offene Auseinandersetzung mit der Politik der vds-Mehrheitsfraktionen an den Hochschulen wird im Sommersemester 1980 im Vordergrund stehen neben der selbstverständlichen Auseinandersetzung mit der Politik konservativer und reaktionärer Kräfte.

### 3.) Die Basisgruppen konsolidieren sich eigenständig

④ Der bisher lockere Zusammenhang verschiedener Basisgruppen an westdeutschen und westberliner Hochschulen, der im wesentlichen über die freiwillige Zusammenarbeit von BG-Asten und örtlicher Basisgruppen über die BG-Fraktion in den vds organisiert war, soll in die Richtung eines Studentenverbandes der undogmatischen linken Basisgruppen weiter entwickelt werden. Dabei streben die Basisgruppen den Ausbau von Kommunikations- und Kooperationszusammenhängen einzelner örtlicher Basisgruppen, die Einbeziehung breiter Teile unorganisierter studentischer Diskussions- und Aktionsgruppen, kultureller und politischer Aktivitäten und ökologischer Strömungen in den Hochschulen an. Sie werden Bestrebungen einleiten, um die materielle und politische Unabhängigkeit von den vds über Beiträge, Förderkreise und Publikationswesen voranzubringen. Dabei streben sie die aktive politische Zusammenarbeit mit allen alternativen und autonomen Strömungen in der Gesellschaft, linkssozialistischen Organisationen, der Frauenbewegung, Jugendzentrumsbewegung, Bürgerinitiativen und den Teilen der Arbeiterbewegung an, die die vorherrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse in Frage stellen. In diesem Sinne werden sich die Basisgruppen an den Bestrebungen für eine sozialistische Konferenz beteiligen, den Zusammenhalt von autonomen und linken Kräften innerhalb und außerhalb der alternativen Wahlbewegung fördern und über einzelne Projekte innerhalb und außerhalb des Hochschulbereichs ih-

ren Beitrag zur Herausbildung selbstorganisierter Kräfte in einer radikaldemokratischen alternativen Strömung des Protestpotentials in der Bundesrepublik Deutschland leisten.

Diese Tendenz schließt nicht aus, daß Zusammenarbeit mit der Basis der Jugendorganisationen von SPD/FDP und Genossinnen und Genossen im linken Flügel dieser Parteien möglich ist, genauso wie es zu taktischen Bündnissen mit antikapitalistischen Kräften der verschiedenen sich kommunistisch nennenden Strömungen an einzelnen Punkten kommen kann, wenn deren Sektiererei und Ausgrenzungspolitik gegenüber Kräften der Neuen Linken in der Form offener Aktionseinheitspolitik in ihre Grenzen gewiesen wird.

Aus diesen Zusammenhängen heraus werden die Basisgruppen als autonomer Flügel der Studentenbewegung ihre weitere politische Perspektive innerhalb und außerhalb der Strukturen der Verfaßten Studentenschaft und der vds als deren bundesweiten Dachverband diskutieren und ihre Interventionen davon abhängig machen, ob der Stellenwert von Koalitionen und Bündnissen für ihre politische Zwecke nützlich ist.

Diese Erklärung wurde auf dem Bundesbasisgruppenseminar vom 8.-10. <sup>Februar</sup> ~~Januar~~ 1980 in Tübingen nach ausführlicher Diskussion über Strategie und Taktik der Basisgruppenpolitik an den Hochschulen für das Wahljahr 1980 verabschiedet. Wir fordern alle fortschrittlichen Gruppierungen auf, diese Erklärung zu diskutieren, breitestmöglich zu veröffentlichen, Kritik und Zustimmung zu äußern und unser Angebot auf konstruktive Zusammenfassung aller alternativen und radikaldemokratischen Kräfte im Hochschulbereich durch praktische Zusammenarbeit anzunehmen. Es leben die BASISGRUPPEN!



Kontaktadresse: Basisgruppen, Geschäftsstelle c/o Uli Tost,  
7500 Karlsruhe, Karlstr. 39, 3.Stock,  
Tel. 0721/23151 od. 0721/20742

Kommentar zum Bg-Papier :

Dieses Papier ~~KÄMMKM~~ bedarf einer Kommentierung . Über die Sprache und den Stil sollte man hinwegsehen. Da uns leider die Zeit gefehlt hat ausführlich auf Einzelheiten einzugehen, bezieht sich der Kommentar nur auf die Tendenz des Papiers.

- ① Aus dem Protestwahlverhalten folgt noch lange kein aktiver Protest. Der Ausdruck Studentenbewegung bezieht sich ~~auf~~ für uns auf die politisch aktiven Studenten. Und Basisgruppen müssen nicht der einzige Ausdruck undogmatischer politischer Aktivitäten sein.
- ② Wir finden es richtig, dem VDS den Kochlöffel auf die Brust zu setzen. Prinzipiell befürworten wir die VDS, wollen aber nicht alles mitmachen und damit unterstützen, nur um der Existenz willen. Z.B. in Bezug auf die Beitragszahlungen kann das heißen, daß man, wie in Frankfurt erwogen, die Beiträge prozentual aufteilt:  
50% an die Vds-Geschäftsstelle, 25% an überregionale Projekte, 25% an lokale Projekte.
- ③ Wir halten die Mitarbeit (Beteiligung an Gremien etc.) ~~für~~ in einem staatsloyalen Verband für schädlich. Durch die Eingliederung in ein parlamentaristisches System wird die Protestbewegung in eine falsche Richtung gelenkt. (Wir lehnen alle Parteien mit ihren autoritären und hierarchischen Strukturen ab. Wir sehen die Gefahr, daß "SPV Die Grünen" Ebenfalls vom Wahlbündnis zur Partei degenerieren.) Die Bgen dürfen nicht aufgrund ihres Phlegmas zur Wahlhilfe für die etablierten Parteien benutzt werden.
- ④ Der BG- Dachverband darf kein zweiter SDS werden. Der Zweck kann nur sein, die organisatorischen Zusammenhangs- und überregionale Kommunikationsstrukturen zu verbessern. Diese Verbesserungen sollen bewirken, daß alle undogmatischen Leute mitarbeiten können.
- ⑤ Zum Schlußsatz ist zu bemerken, daß die BG ein Teil der "undogmatischen Linken" - politisch aktiven Leuten sind, sie leben und sterben mit ihnen, und sind als Gruppe oder als Individuen nicht ausgrenzbar.

*Die Nummern beziehen sich auf die Textstellen der Erklärung, die mit selbigen bezeichnet sind*